

Die Bilanz der Europäischen Integration 2009

Werner Weidenfeld

Die Dramatik weltpolitischer Entwicklungen wie innenpolitischer Ereignisse werfen einige grundsätzliche Fragezeichen zur Europäischen Einigung auf:

- Welche Auswirkungen werden Verlauf und Ergebnisse der Wahlen zum Europäischen Parlament auf die Legitimation Europas haben?
- Die Schwierigkeiten bei der Ratifizierung des Reformvertrags von Lissabon lassen nach der künftigen institutionellen Ausgestaltung fragen.
- Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise forderte massiv eine europäische Antwort. Wird Europa eine angemessene weltpolitische Mitverantwortung strategisch übernehmen können?
- Welches Potenzial kann Europa mittelfristig entfalten?

Neben der Klärung solcher Grundsatzfragen vollziehen sich eine Reihe architektonischer Verschiebungen:

- Die außenpolitische Differenzierung Europas zeigt sich in zwei anspruchsvollen Projekten: der „Mittelmeer-Union“ und der „Östlichen Partnerschaft“.¹
- Die Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, der Türkei und Mazedonien steht an. Daneben signalisieren Island, Albanien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Montenegro sowie Israel ebenfalls ein Beitrittsinteresse.
- Die außenpolitische Konfliktfähigkeit Europas wurde am Schwarzen Meer geprüft. Das Kräftemessen zwischen Georgien und Russland forderte auch die Europäische Union heraus.²

Die aktuelle Entwicklung im Kaukasus belegt, wie rasch ungeklärte Krisen in den Peripherieregionen der ehemaligen Machtblöcke des Kalten Kriegs zu handfesten militärischen Konflikten werden können, die eine überregionale destabilisierende Wirkung ausstrahlen. Auch wenn sich die Lage nach einem von den Europäern vermittelten Waffenstillstand wieder beruhigt, so wird der georgisch-russische Konflikt um Südossetien und Abchasien die Weltgemeinschaft noch auf lange Sicht beschäftigen. Der verbale Schlagabtausch zwischen den USA und Russland zeigt, dass die Implikationen der Krise größer sind: So unterzeichnete Polen zwei Wochen nach Beginn der militärischen Auseinandersetzung in Georgien einen Vertrag mit den USA über die Stationierung von Abfangraketen als Teil des US-Raketenabwehrschirms auf seinem Territorium. Die Ukraine hat Washington die Nutzung seines Raketenfrühwarnsystems angeboten, Russland drohte umgehend mit ernsthaften Konsequenzen, und setzte zunächst einmal seine Beziehungen zur Nato auf Eis.

Oberflächlich betrachtet handelt es sich bei dem Konflikt im Kaukasus um eine Auseinandersetzung über die Interpretation und Umsetzung territorialer Integrität, staatlicher

1 Siehe u.a. Schäffer, Sebastian/Dominik Tolksdorf: The Eastern Partnership – „ENP plus“ for Europe’s Eastern neighbors, C·A·P Perspectives, 4/2009.

2 Siehe Bauer, Thomas/Daniel Grotzky/Milena Isic: Europas Reifeprüfung am Schwarzen Meer. Das Kräftemessen in Georgien fordert die Emanzipation der europäischen Russland- und Ostpolitik, C·A·P Aktuell, hrsg. von der Forschungsgruppe Europa, 4/2008.

Souveränität und den Schutz ethnischer Minderheiten in einem multiethnischen Gebiet. Im Kern stellt er sich jedoch als der Versuch internationaler Akteure dar, ihren Einfluss auf die Peripheriegebiete des Kalten Kriegs auszudehnen. Die Vorgänge in Georgien und das diplomatische Folgespiel in den Vereinten Nationen stehen stellvertretend für die Neuordnung der Machtverhältnisse im Schwarzmeerraum, und die Verteilung der Einflusssphären in einem Gebiet sich überlappender Nachbarschaftsräume von EU, Nato und Russland.

Die Europäische Union hat erst spät die Signifikanz der „überlappenden Nachbarschaft“ mit Russland erkannt, da sie bis 2005 mit der größten Erweiterung ihrer Geschichte beschäftigt war. Die Kaukasus-Region und auch das östliche Europa stellen zum einen eine wichtige Transitregion für Energielieferungen aus Russland nach Europa dar. Zum anderen sind sie wegen der ungelösten internen Konflikte wie auch der teils schwer belasteten Verhältnisse zu Moskau eine Quelle permanenter Instabilität an den Grenzen der EU. Anstatt von einem „Ring von Freunden“ im Osten umgeben zu sein, droht der EU ein Ring an scheiternden oder autokratischen Staaten, die Quelle von organisierter Kriminalität, Drogen – und Waffenschmuggel sind. Das europäische Interesse an Stabilität kollidiert hier mit der bisherigen Strategie Russlands, regionale Konflikte als „post-sowjetischen Stachel“ gegenüber den Nachbarstaaten eskalieren zu lassen. Das Einschalten der EU in den Konflikt in Südossetien zeigt, dass Europa seine Verantwortung in der Nachbarschaft erkannt hat. Der Antrieb der EU, sich als Vermittler zwischen Russland und Georgien zu engagieren, war ein richtiger Schritt und die Tatsache, dass beide Konfliktparteien den 6-Punkte-Friedensplan unterschrieben haben, zeigt, dass die EU sich auch als ein eigenständiger Akteur in Krisensituationen behaupten kann. Ob sich dieser Erfolg in ein langfristiges Engagement überträgt, bleibt indes abzuwarten.

Eine Herausforderung stellt jedoch die Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten in der Russland- und Ostpolitik dar. Während Frankreich und Deutschland versucht haben, Schuldzuweisungen zum Gewaltausbruch zu vermeiden, äußerten die Staatschefs von Polen und den baltischen Ländern demonstrativ ihre Solidarität mit Georgien. Auch darüber, ob die EU Truppen nach Südossetien entsenden will, herrscht Uneinigkeit. Hier zeigt sich ein Riss in der strategischen Ausrichtung der EU-Mitgliedstaaten. Viele EU-Staaten sehen ihre Sicherheitsinteressen primär durch USA und Nato vertreten, nicht durch den Ausbau der EU zum Sicherheitsakteur, der eine, wie auch immer geartete partnerschaftliche Beziehung zu Russland mit einschließt. Eines der größten Defizite der EU besteht im Fehlen einer genuin europäischen strategischen Identität, worunter auch die Handlungsfähigkeit der Union leidet. Umso mehr wird Südossetien zur Bewährungsprobe für die GASP/ESVP in einer EU der 27 Mitglieder und für die zukünftige Schwarzmeerpolitik Brüssels.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament vom 4.-7. Juni 2009

Wahlen zum Europäischen Parlament sind nationale Nebenwahlen. Besser als mit dem jüngsten Urnengang hätte diese alte Weisheit keine Bestätigung finden können.³ Gleich reihenweise strafte die europäischen Bürger ihre nationalstaatlichen Regierungen ab. Irland, Malta, Griechenland oder Deutschland sind nur vier Beispiele von Denkwahlwahlen für die regierenden Parteien. Das Thema Europa bewegte dabei nur die Wenigsten.

Europa ist den Menschen fern, der eigene Nationalstaat dagegen immer näher. Was sich seit Jahren in Umfragen abzeichnet, findet nun auch im Wahlverhalten Ausdruck. Europakritische bis europafeindliche Stimmen erlebten vielerorts ebenso einen Aufschwung wie rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien. Die Niederlande, Ungarn

oder Österreich sind hierfür prominente Beispiele. Eine solche Rückkehr der Intoleranz auf die Bühne europäischer Politik aber trifft die Staatengemeinschaft ins Mark, indem sie offenbart, dass selbst die viel beschworene Wertegemeinschaft Europa labil ist.

Entgegen mancher Prognosen waren es nicht die konservativen Parteien Europas, die Stimmen einbüßten. Ihre Mandatszahl blieb praktisch unverändert. Der große Verlierer dieser Wahl sind stattdessen die sozialdemokratischen Parteien Europas, die künftig fast 20 Prozent weniger Abgeordnete ins Europäische Parlament entsenden. Dieses Ergebnis zu interpretieren fällt schwer, da sich unter dem Dach von EVP-ED und SPE keinesfalls programmatisch einheitliche Parteien versammeln. Dennoch ist dieses Ergebnis bemerkenswert, da es zeigt, dass die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in einer reflexartigen Suchbewegung hin zu mehr sozialer Sicherheit mündet. Wie in Deutschland hat auch in anderen europäischen Staaten der sozialdemokratische Ruf nach mehr sozialen Sicherungssystemen keinen Nachhall gezeitigt. Vielmehr setzen die Menschen ihr Vertrauen mehr in eine verlässliche Wirtschaftspolitik, die den Weg aus der Krise ebnen soll.

Doch auch wenn die Konservativen weiter stärkste Kraft im EU-Parlament sind: Als Sieger dieser Wahl dürfen auch sie sich nicht fühlen. Die Wahlbeteiligung ging abermals europaweit zurück, der Minus-Rekord von 2004 (45,5%) wurde abermals unterboten (42,9%). Die europäische Schieflage – ein immer wichtiger werdendes Parlament bei gleichzeitiger immer geringerer demokratischer Legitimation – nimmt mehr und mehr dramatische Ausmaße an. Wundern jedoch darf dies niemanden. Wieder einmal haben Politiker wie Medien die Chance versäumt, Europa den Menschen zu erklären. Der Mythos des machtlosen Parlaments lebt unvermindert fort.

Die geringe Wahlbeteiligung hängt zum einen damit zusammen, dass die Bürger mit ihrem Votum nicht wie auf nationaler Ebene unmittelbar über eine Regierung entscheiden können. Der Präsident der Europäischen Kommission wird vom Europäischen Rat und nicht vom Europäischen Parlament benannt. Ein Wettbewerb um „Köpfe“ findet im Wahlkampf zur Europawahl bislang kaum statt. Zusammen mit der Tatsache, dass die großen Fraktionen des Europäischen Parlaments oftmals als große Koalition agieren, ist dies der Grund für die nach wie vor nur schwach ausgeprägten politisierten Konfliktlinien zwischen den einzelnen Fraktionen. Für die Bürger ist nur schwer nachvollziehbar, welche Partei für welche Position steht.

Zum anderen stimmen die Bürger nach wie vor überwiegend über nationale und nicht über europäische Themen ab und nutzen die Europawahl oftmals als „Denkzettelwahl“ für die Abstrafung nationaler Politik. Europäische Themen spielten dabei bislang eine Nebenrolle. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die europäischen Parteien nur schwach ausgebildet und demzufolge der Wahlkampf der einzelnen Parteien nicht gesamt-europäisch, sondern eher national geführt wird mit nationalen Themen und nationalen Kandidaten, sprich nationalen Kampagnen. Das an nationalen Kategorien orientierte Wahl-

3 Vgl. u.a. Mittag, Jürgen/Claudia Hülsken: Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen? 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament, in: *integration*, Vierteljahresschrift des Instituts für Europäische Politik, Jg. 32, 2/2009, S. 105-122; Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Europawahlen (Themenheft), 23-24/2009; Roose, Jochen (2009): Wahlen ohne Wähler. Vom Dilemma des Europaparlaments. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 22, Heft 2, Mai 2009; Seeger, Sarah/Valentin Kreiling: Europawahl 2009: Erwartungen – Programme – Visionen, C·A·P Aktuell, hrsg. von der Forschungsgruppe Europa, 8/2008; Niedermayer, Oskar: Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen, *Internationale Politikanalyse*, hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung, Juni 2009.

verhalten der Bürger und die nationalen Kampagnen der Parteien bedingen sich damit wechselseitig.

Das Europäische Parlament selbst arbeitet derzeit an Reformvorschlägen, mit denen die Europawahl stärker europäisiert werden soll. Die Idee, ab der Wahl im Jahr 2014 europaweite Kandidatenlisten zusätzlich zur nationalen Listen aufzustellen, weist dabei in die richtige Richtung. Tritt der Vertrag von Lissabon in Kraft, wird zudem künftig der Präsident der Kommission direkt vom Europäischen Parlament gewählt. Dies geschieht zwar auf Vorschlag des Europäischen Rats unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Europawahlen. Dennoch ist nicht davon auszugehen, dass sich die Staats- und Regierungschefs über einen über die Wahlen legitimierten Spitzenkandidaten hinwegsetzen. Darüber hinaus werden die Kompetenzen des Parlaments nochmals ausgeweitet, sodass eine zunehmende Politisierung der Debatten im Parlament zu erwarten ist. Dies könnte das Interesse der Wähler deutlich steigern, da die Stimme der Unionsbürger künftig sowohl mit Blick auf die Besetzung der „EU-Regierung“ als auch hinsichtlich einzelner Politikinhalte noch mehr Einfluss erhalten wird als bislang.

Diese Wirkung kann jedoch nur entfaltet werden, wenn die Bürger ausreichend über die Folgen ihres Votums informiert werden. Jenseits der nötigen strukturellen Reformen, die Anreize für eine höhere Wahlbeteiligung schaffen können, liegt es daher an den einzelnen Kandidaten, Parteien und Fraktionen, ihre Rolle in der Öffentlichkeit stärker bekannt zu machen. Der Wahlkampf zur Europawahl bietet aufgrund der erhöhten öffentlichen Aufmerksamkeit dafür immer eine gute Gelegenheit.

Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon

Die Dichte der europäischen Integration hat ein Niveau erreicht, das die Frage nach ihrer Verfasstheit geradezu zwanghaft aufwirft. Die Europäische Union hat den größten Binnenmarkt der Welt, sie verfügt mit dem Euro über eine der stärksten Währungen, sie ist ein wichtiger Akteur der internationalen Krisenbewältigung, sie bietet ihren Bürgern ein hohes Maß an rechtlicher und sozialer Absicherung. All dies hat die Europäische Union verwirklichen können – ohne politische Handlungsfähigkeit und supranationale Legitimation zu elementaren Kategorien ihres Daseins werden zu lassen. In jeder Situation der Integrationsgeschichte wurden je nach Einzelinteressen und Augenblicksstimmung fast zufällig Zuständigkeiten übertragen. Vom Binnenmarkt über die Währungspolitik, von der Umweltpolitik bis zur Sicherheit – alles ohne systematischen Zugang.⁴

Die Reformen von Maastricht, Amsterdam und Nizza haben die Europäische Union weder ausreichend auf die veränderten globalen Rahmenbedingungen noch nachhaltig auf den Zuwachs auf 27 und mehr Mitgliedstaaten vorbereitet. Im Patchwork-Stil wurden den Verträgen immer neue Bestimmungen hinzugefügt und Bestandteile zwischen den in Maastricht eingeführten drei EU- Säulen verschoben. Dadurch glich das Gesamtwerk nicht nur einem Flickenteppich, es war auch kaum mehr nachzuvollziehen, nach welchem Muster die Aufgaben zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten verteilt sind. Erschwerend kam hinzu, dass das institutionelle Gefüge und die Entscheidungsstrukturen auf europäischer Ebene im Zuge von Erweiterung und Vertiefung zu zerfasern drohten.

4 Gasteyger, Curt: Europa zwischen Spaltung und Einigung, Bonn 2005; Judt, Tody: Geschichte Europas von 1945 bis zur Gegenwart, Frankfurt am Main 2006; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche, Bonn 2008.

Nachdem der ehrgeizige Versuch, der Europäischen Union eine Verfassung zu geben, im Frühjahr 2005 an den negativen Voten in Frankreich und den Niederlanden gescheitert war, sollte mit dem Vertrag von Lissabon die dringend notwendige Anpassung der politischen Architektur Europas vorgenommen werden.⁵ Doch auch dieser Reformversuch steht nach der Entscheidung der irischen Bevölkerung am 12. Juni 2008 vor einem möglichen Scheitern. 53,4 Prozent der Wähler lehnten das Vertragswerk ab, die Wahlbeteiligung lag mit 53,1 Prozent deutlich höher als im Jahr 2001, als die Iren den Vertrag von Nizza zunächst ebenfalls abgelehnt hatten. Der Ausgang der Referenden zum Europäischen Verfassungsvertrag und zum Vertrag von Lissabon macht deutlich: Europa kann nicht mehr mit der stillschweigenden Zustimmung seiner Bürger rechnen, sondern muss sich aktiv um Unterstützung und Akzeptanz bemühen.

Ein Ende der Reformen kann jedoch nicht hingenommen werden. Der Europäischen Union droht Stagnation und möglicherweise sogar der Zerfall. Blickt man auf die Leistungen der Geschichte der europäischen Integration, ist dies jedoch keine Alternative. Die Reformen des Vertrags von Lissabon müssen umgesetzt werden. Diese würden die Korrektur der Entscheidungsprozesse und die Sicherung der demokratischen Legitimation bewirken.

Zu den zentralen Reformen gehören die Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen, die Einführung der doppelten Mehrheit und damit die Abschaffung der höchst problematischen dreifachen Mehrheit im Ministerrat, die Reform der Zusammensetzung der Kommission, die Stärkung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die klarere Kompetenzabgrenzung zwischen der Union und den Mitgliedstaaten, die Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments, die Rechtsverbindlichkeit der Charta der Grundrechte, die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens sowie die Justierung der Instrumente der differenzierten Integration. Zudem enthält der neue Vertrag an vielen Stellen Mechanismen, die ein Weiterentwickeln der EU auch ohne Kraft raubende Vertragsverhandlungen ermöglichen.

Nicht zuletzt schafft das neue Vertragswerk neue ‚Gesichter‘ für die Europäische Union: So erhält der Europäische Rat einen auf zweieinhalb Jahre gewählten permanenten Präsidenten. Zudem wird künftig ein Außenminister die Union nach außen vertreten – auch wenn dieser nicht so heißen darf, sondern den Titel des „Hohen Repräsentanten der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ trägt. Damit wird die Sichtbarkeit der EU sowohl gegenüber internationalen Partnern als auch gegenüber den Bürgern erheblich verbessert und Identifikation mit Europa ermöglicht.

Der Vertrag von Lissabon stellt im Vergleich zum Status Quo eine erhebliche Verbesserung von Handlungsfähigkeit und Demokratie in Europa dar. Dass die Regeln, die das neue Vertragswerk vorsieht, in Kraft treten, ist daher dringend notwendig. Auch wenn die Tschechische Republik, Deutschland und Polen den Vertrag von Lissabon aufgrund von Verfahren gegen das neue Vertragswerk vor den nationalen Verfassungsgerichten bzw. aufgrund der fehlenden Unterschrift des polnischen Präsidenten derzeit noch nicht ratifiziert haben, ist die Wahrscheinlichkeit doch hoch, dass zur Jahresmitte der Ratifikationsprozess in allen EU-Mitgliedern außer Irland abgeschlossen sein wird. Dadurch wächst der

5 Auswärtiges Amt: Denkschrift zum Vertrag von Lissabon, Berlin 2008; Hofmann, Andreas/Wolfgang Wesels: Der Vertrag von Lissabon eine tragfähige und abschließende Antwort auf konstitutionelle Grundfragen?, in: *integration* 1/2008, S. 3-20; Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Lissabon in der Analyse – Der Reformvertrag der Europäischen Union*, Baden-Baden 2008.

Druck auf die Regierung in Dublin, eine Lösung für den Reformprozess zu finden, sodass das neue EU-Primärrecht Ende 2009 oder Anfang 2010 in Kraft treten kann.

Eine Analyse des irischen Referendums ergab, dass mit dem Vertrag von Lissabon zahlreiche Ängste verbunden waren – von der Gefährdung der irischen Neutralität über den Verlust wirtschaftlicher Standortvorteile bis hin zur Bedrohung der nationalen Souveränität. In all diese Bereiche greift das neue Vertragswerk nicht ein. Gelingt es, dies den Iren zu vermitteln und in Form von Erklärungen des Europäischen Rates festzuschreiben, so kann ein zweites Referendum erfolgreich sein. Voraussetzung für diese Lösung ist jedoch, dass die Regierung in Dublin ihrer Verantwortung gerecht wird und in einen breiten Dialog mit der irischen Bevölkerung tritt, um einerseits mehr über die Sorgen der Bürger zu erfahren und um andererseits über die vermeintlichen und tatsächlichen Inhalte des Vertrags aufzuklären.

Komplikationen im Ratifizierungsprozess traten ganz unterschiedlicher Art in mehreren Ländern auf – so in Tschechien und Polen wegen des Verhaltens der Staatspräsidenten, in Deutschland wegen der Klage beim Bundesverfassungsgericht. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts⁶ bescheinigte dem Lissabon-Vertrag die Verfassungsmäßigkeit, aber es stellte höhere Anforderungen an das Begleitgesetz und damit an die europapolitischen Mitwirkungsrechte des Deutschen Bundestags.

Doch jenseits des Ausgangs aller taktischen Variationen wird auch künftig das größte Manko des europäischen Integrationsprozesses, dessentwegen der Reformprozess erst in Gang gesetzt worden war, bestehen bleiben. Es fehlt an Transparenz. Es gibt keinen schlanken, leicht verständlichen und kurzen Text, der alles enthält und alles erklärt. Die Europäische Union ist dabei mehr als die Nationalstaaten auf eine eigene Begründungslogik angewiesen. Als ein politisches System im Werden muss sie eine Orientierungsleistung für ihre Bürger erbringen, um ihre eigene Legitimation zu stärken. Was Europa heute benötigt ist eine überzeugende Formel für die künftige Notwendigkeit europäischer Integration. Wozu brauchen wir die EU auch in der Zukunft jenseits der Wahrung des bereits Erreichten?

Potenzial für eine öffentliche Debatte über Sinn und Wesen des europäischen Integrationsprozesses könnte in den kommenden Monaten auch eine neue Plattform bieten: Mit dem Beschluss, eine zwölköpfige „Reflexionsgruppe“ einzusetzen, hat sich die EU selbst die Aufgabe gestellt, die künftigen Konturen Europas zu skizzieren.⁷ Mit Felipe González, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Spaniens, steht ein erfahrener Europapolitiker an der Spitze der Beratergruppe. Diese wird bis Juni 2010 erörtern, welche zentralen Aufgaben die Union bis 2020-2030 in Angriff nehmen muss – von der Sozialpolitik über den Klimawandel und die Energieversorgung über Migration, Terrorismus und Sicherheit bis hin zur Frage nach den Werten und der Identität der Europäischen Union. Damit könnte eine veritable Zukunftsdiskussion entfacht werden. Der Erfolg und die Akzeptanz des Beratergremiums werden jedoch entscheidend davon abhängen, in welchem Maße die Öffentlichkeit einbezogen wird. Erneute Geheimverhandlungen hinter verschlossenen Türen werden die Skepsis gegenüber dem vermeintlichen ‚Eliten-Projekt Europa‘ weiter schüren und letztlich zu weiterem Widerstand gegen den Prozess der europäischen Integration führen.

6 BVerfG, 2 BvE 2/08 vom 30.6.2009, Absatz-Nr. (1-421), http://www.bverfg.de/entscheidungen/es20090630_2bve000208.htm.

7 Chardon, Matthias/Dominik Hierlemann/Sarah Seeger: Den Weisen einen Rat, spotlight europe 7, Gütersloh/München 2007.

Grundsätzlich muss die Europäische Union nach all den Jahren die zahllosen Debatten über ihre institutionelle Zukunft hinter sich lassen. Die Aufgaben, die vor ihr liegen, erfordern die Bündelung der Kräfte. Dazu ist es unerlässlich, auf bewährte Partner zu setzen und traditionelle Freundschaften auszubauen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise

Als sich im Jahr 2007 der Zusammenbruch des US-Hypothekenmarkts und damit eines tragenden Pfeilers der amerikanischen Wirtschaft abzeichnete, wurde dies zwar von zahlreichen internationalen Akteuren mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Welchen dramatischen Verlauf die Krise noch nehmen und welche erschütternden Auswirkungen sie auf die Realwirtschaft haben sollte, wurde zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht gesehen. Die Pleite des amerikanischen Traditionshauses Lehman Brothers steht dabei symbolhaft für den Zusammenbruch des bis dahin von vielen als Vorzeigemodell gehandelten angelsächsischen Finanzsystems.

Ursache für den Kollaps waren nicht zuletzt eine uneingeschränkte Liberalisierung und Deregulierung der Finanzwirtschaft. Vor dem Hintergrund des freien Spiels der Marktkräfte konnte ein komplexes System neuer Finanzinstrumente entstehen, das der Kontrolle durch die Politik in weiten Teilen entzogen war bzw. von ihr praktisch kaum kritisch überwacht wurde.⁸ Die Subprime-Krise hatte katastrophale Auswirkungen für den gesamten Bankensektor, zahlreiche Großbanken sowohl in den USA als auch in vielen anderen Ländern der Welt erlebten Schockwellen in bis dahin ungekanntem Ausmaß.

Aufgrund der Tatsache, dass die Krise an den Finanzmärkten ihren Ausgang nahm, sind hier verbindliche Regeln zu diskutieren. Dabei müssen sowohl Instrumente, die eine unabhängige Kontrolle der Finanzmärkte ermöglichen, bereitgestellt, als auch bankeninterne Krisenmanagementmechanismen ausgebaut werden. Aufgrund der unmittelbaren Vernetzung der internationalen Finanzmärkte kann dies nur durch einen global koordinierten Ansatz geschehen, im Zuge dessen die Rolle der internationalen Organisationen, wie beispielsweise des Internationalen Währungsfonds, geprüft und wenn nötig neu ausgerichtet werden sollte. Zwar können neue, gemeinsame Regulierungsstandards von Seiten des Finanzsektors zunächst möglicherweise als lästige Fessel empfunden und abgelehnt werden. Gelingt es jedoch, dadurch wieder Stabilität und Transparenz herzustellen, fördern diese Maßnahmen mittelfristig allerdings auch die Attraktivität eines Akteurs als Finanzstandort.

Da sich die Finanzkrise längst zu einer empfindlichen Krise der Realwirtschaft ausgeweitet hat, ist auch hier dringender Handlungsbedarf offensichtlich. Eine Prognose der EU-Kommission vom Januar 2009 sagt voraus, dass die europäische Wirtschaft in diesem Jahr um 1,8 Prozent schrumpfen und 2010 mit nur 0,4 Prozent wachsen wird. Deutschland mit 2,3 und Spanien mit 2,0 Prozent Produktivitätsrückgang sind besonders betroffen.⁹

Die bedenkliche Lage in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten führte zu Eingriffen von Seiten des Staates, die einem Tabubruch gleichkommen: Unter anderem in Deutschland, Großbritannien oder Irland wurden Banken (teil)verstaatlicht bzw. mit massiven staatlichen Finanzspritzen und Garantien gestützt. Daneben bezeugen umfangreiche staatliche Hilfen an besonders von der Krise erfasste Sektoren die Absicht, zentrale nationale Indus-

8 Dieter, Heribert: Das Ende des amerikanischen Modells. Warum die Finanzkrise in den USA eine Zeitenwende markiert, SWP-Aktuell 71, Berlin 2008.

9 Europäische Kommission: Interim Economic Forecast, Brüssel 2009.

trien zu schützen. Doch trotz dieser Renationalisierungstendenzen ist unübersehbar, dass die Mitgliedstaaten der EU im Zeichen der Krise näher zusammenrücken. Die gemeinsamen Koordinierungsinstrumente werden genutzt wie kaum jemals zuvor.

Dass die europäische Dimension vor dem Hintergrund der massiven Beben in der Finanz- und Wirtschaftspolitik an Bedeutung gewinnt, zeigt sich nicht zuletzt an der ungebrochenen Attraktivität des Euro, der zum Jahreswechsel sein zehnjähriges Jubiläum feiern konnte. Beispielsweise hat Polen starkes Interesse bekundet, sich der Gruppe der 16 Euroländer möglichst rasch anzuschließen, um von deren stabilisierender Wirkung zu profitieren. Auch in Dänemark, das aufgrund von Sonderregeln nicht der Eurozone angehört, haben die Überlegungen zur Annahme des Euro vor dem Hintergrund der Krise an Dynamik gewonnen. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Euromitglieder gerade in der momentanen Krise teilweise stark auseinanderklafft.¹⁰ Dass die monetäre Abstimmung in der Eurogruppe durch eine fiskalische Koordinierung etwa in Form einer europäischen Wirtschaftsregierung ergänzt werden soll, wird daher intensiv diskutiert.

Vor allem der französische Präsident Nicolas Sarkozy hat in seiner Zeit als amtierender EU-Ratspräsident im zweiten Halbjahr 2008 auf der Einsetzung eines solchen Gremiums beharrt. Kern seiner Überlegungen ist es, die bislang auf Ebene der Finanzminister stattfindenden Treffen der Eurogruppe auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs zu heben. An dieser Idee entzündet sich immer wieder massiver Widerstand, vor allem aus Angst, dies verletze die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank. Die vergangenen Monate haben jedoch deutlich gemacht, dass möglicherweise ein neuer Ansatz der europaweiten Koordinierung nötig ist.

Auch die Europäische Kommission hat sich nach ihrem anfänglich zögerlichen und zurückhaltenden Kurs mit vernehmbarer Stimme zur Krise geäußert und etabliert sich zunehmend als wichtiger Akteur der Krisenbewältigung. Einen ersten umfassenden Vorschlag zum weiteren Vorgehen hat die Behörde in Brüssel in Form eines vom Europäischen Rat gebilligten Europäischen Konjunkturprogramms¹¹ bereits formuliert. Dabei handelt es sich um einen gemeinsamen europäischen Ansatz, der genug Raum bietet für Antworten auf spezifische nationale Erfordernisse. Der Fokus des Programms liegt auf fiskalpolitischen Maßnahmen, Ziel ist es, die Nachfrage der Verbraucher zu stimulieren. Der finanzielle Umfang des Konjunkturprogramms beläuft sich auf rund 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union, was in etwa 200 Milliarden Euro entspricht. Mit Blick auf langfristige Strukturreformen legt die Kommission in Abstimmung mit den Zielen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung besonderen Wert auf die Förderung von Innovation und Forschung sowie auf eine stärkere ökologische Ausrichtung der europäischen Volkswirtschaften.

Zwischen den aktuellen Maßnahmen zum Krisenmanagement und den längerfristigen Rahmenvorgaben zur gemeinsamen Wirtschafts- und Währungspolitik entstehen damit allerdings offensichtliche Spannungen. Die Konjunkturpakete der einzelnen Regierungen führen teilweise zu einer erheblichen Neuverschuldung und werden die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts teils empfindlich verletzen. So erwartet die Kommission

10 Schwarzer, Daniela: Zehn Jahre Governance der Eurozone: ökonomische Bilanz und institutionelle Dynamiken jenseits der Vertragsrevisionen, in: *integration* 1/2009, S. 17-32.

11 Europäische Kommission: *Europäisches Konjunkturprogramm. Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung*, Brüssel 2008; Rat der Europäischen Union: *Tagung des Europäischen Rates vom 11./12. Dezember 2008 in Brüssel. Schlussfolgerungen des Vorsitzes*, Brüssel 2008, 17217/08, S. 3-8.

2010 ein durchschnittliches Haushaltsdefizit im Euro-Raum von 4,8 Prozent. Deutschland mit 4,2 und Spanien mit 5,7 Prozent werden hier keine Ausnahmen darstellen. Insgesamt werden in 2010 vermutlich 17 der 27 EU-Mitgliedstaaten die Defizitgrenze von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreiten.¹² Eine offene Diskussion, wie mit dem Pakt als einem der Grundpfeiler der gemeinsamen Währungspolitik künftig verfahren werden soll, ist daher dringend notwendig.

Damit das ehrgeizige Konjunkturprogramm tatsächlich erfolgreich sein kann, wird es zum einen darauf ankommen, dass die einzelnen Mitgliedstaaten trotz der jeweils spezifischen nationalen Situation koordiniert und solidarisch vorgehen. Zum anderen müssen auf globaler Ebene wichtige Partner, insbesondere die USA, eingebunden werden. Die Abstimmung im Rahmen der G20 bieten dabei eine Plattform, die eine offene Diskussion und globalen Austausch über eine mögliche Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems fördern kann.

Diese Krise geht tiefer als alle anderen seit Menschengedenken, sie nahm ihren Ausgang in Amerika und Europa, ihre desaströsen Konsequenzen aber zeigen sich weltweit. Die Wellen des Bankrotts, der Arbeitslosenzahlen und der Zusammenbrüche von Unternehmen – sie übersteigen die Potenz einzelner Staaten. Jeder für sich allein ist zu klein, um diese Probleme zu schultern. Wer sie deshalb aber nur global anpacken will, der verliert sich leicht im Unpräzisen und Diffusen. So ist es die europäische Ebene, auf der Existenzsicherung – denn darum geht es doch letztlich – betrieben werden muss.

Zugegebenermaßen eine merkwürdige Dialektik: Europa hat die Krise mit ausgelöst und ist doch die einzige politische Größe, die eine adäquate, wirkungsvolle Antwort darauf geben soll. Kann dies funktionieren?

Intuitiv scheinen die europäischen Politiker diesen vermeintlichen Widerspruch zu spüren. Sie ahnen den Erwartungsdruck, aber auch den Vertrauensentzug seitens der Bürger. Sie agieren aktivistisch. Sondergipfel, Sonderräte, informelle und formelle Meetings, Kommissionssitzungen: Die hohe Zahl und das hohe Tempo können jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, wie karg die Ergebnisse sind. Gerade in Zeiten der Not ist unübersehbar, dass die Politiker zwar europäisch reden, Lösungen aber zu sehr im nationalen Rahmen suchen: Da gibt es Sonderfinanzierungen in Ungarn und Protektionismus in Frankreich, nicht aufeinander abgestimmte Konjunkturprogramme sowie Investitionsanreize im Rest Europas. Dieser Widerspruch offenbart schonungslos die inhaltliche Ratlosigkeit und den fehlenden Mut der Politik.

Ein vergleichbarer Krisendruck hat zuletzt Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre auf den Europäern gelegen. „Eurosklерose“ war damals der Schlüsselbegriff – Europa bot ein Drama des Niedergangs. Erosion der Vitalität, Verlust an Dynamik, wirtschaftlicher und sozialer Niedergang – der Kontinent machte einen verstaubten Eindruck. Damals fand die Europäische Gemeinschaft einen strategischen Kopf, dem eine große Führungsleistung gelang: Jacques Delors, den französischen Finanz- und Wirtschaftsminister. Bevor dieser für alle Spitzenämter qualifizierte Mann im Jahr 1985 das Amt des Brüsseler Kommissionspräsidenten antrat, nahm er sich Zeit zur Erarbeitung einer klaren Strategie. Europa muss sein Kernproblem definieren – das war sein Ausgangspunkt. Anschließend muss es sich auf eine Lösungsstrategie historischen Ausmaßes einigen. Nur dann wird es die notwendigen Kräfte mobilisieren können. Delors bot zwei Alternativen an: Sicherheit oder Binnenmarkt. Die Regierungschefs wählten Binnenmarkt. Delors warf den Moderni-

12 Europäische Kommission: Interim Economic Forecast, Brüssel 2009.

sierungsmotor an: Knapp 300 europäische Gesetze waren in wenigen Jahren zu verabschieden. Ein großer Wurf, der dazu führte, dass Europa in eine neue Ära der Moderne eintrat. Die Krise war bewältigt.

Heute stehen wir vor einer ähnlichen Herausforderung. Wir suchen gleichsam nach einem zweiten Jacques Delors, der den Kontinent aus der neuerlichen Eurosklerose zu retten versucht. Leider ist heute von der strategischen Wucht eines Jacques Delors, von dessen strategischer Klarheit, nichts zu spüren: Das Spektrum der Probleme ist nicht definiert. Das große Bild fehlt. Vielmehr spekuliert und debattiert die Politik über einzelne Facetten, über einen Dschungel von Details. Die Basis für die Bildung einer Strategie, für die Entwicklung von Kriterien zur Lösung der Probleme ist damit nicht gegeben. Weder der Europäische Rat, das Gremium der Mitgliedsregierungen, noch die EU-Kommission haben sich dieser Aufgabe bislang zufriedenstellend gestellt. Absichtserklärungen, Wünsche zur Intensivierung der Kontrollen, Koordinierungsversuche – dies alles sind keine präzisen Lösungen. Wer weder das Problem noch die Lösungskriterien definieren kann, der ist auch außerstande Strategien zu entwerfen. Die logische Konsequenz ist, dass überall nur Ratlosigkeit herrscht.

Nicht nur die Wirtschafts- und Finanzkrise ist zu bewältigen. Auch die Sicherung der Energieversorgung, die terroristische Bedrohung, der Klimaschutz und zahllose internationale Konflikte stehen auf der Tagesordnung. Die institutionelle Reform der Europäischen Union, die ihre Effektivität steigern könnte, steht aus. Die Erweiterung der EU um zahlreiche neue Mitgliedsländer hat auch dazu geführt, dass die Identität Europas für die Bürger kaum noch erfahrbar ist; wie sie aussehen könnte, wird auch nicht offensiv vermittelt. Diese vielen Probleme stellen sich zudem nicht nacheinander, sondern gleichzeitig.

Die Aufgabe ist klar: Europa, das sich nun dramatischer und eindeutiger denn je als Risikogemeinschaft erfährt, muss sich als Strategiegemeinschaft organisieren. Das muss jenseits der Routine abwartender Zurückhaltung in den vielen Gremien geschehen. Ein strategisches Zentrum muss von einer strategischen Kultur umgeben und von einer strategisch denkenden Elite getragen sein. In den fünfziger Jahren des 20. Jahrhunderts gelang dies angesichts der bedrohlichen Kulisse des Ost-West-Konflikts sowohl in der Nato als auch in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Gut fünfzig Jahre später sollte man dies nicht einfach als unmöglich abtun.

Politische Führung in Europa lässt sich weder auf einer einzelnen Ebene bewerkstelligen, noch kann sie allein auf institutionellen Reformen und neuen Instrumenten der Kooperation fußen. Führung in der Europäischen Union wird vielmehr auch in Zukunft von den Kapazitäten der Mitgliedstaaten abhängig sein, Gestaltungskraft zu generieren und für den politischen Fortschritt in Europa bereitzustellen. Ebenso ist es unerlässlich, in der Bevölkerung wie bei den politischen Eliten ein wirkliches Verständnis von europäischer Solidarität zu entwickeln.

Der Bedarf für ein strategisches Momentum, einen neuen Schwung ist in der heutigen Krisennot Europas noch viel dringlicher als in den fünfziger, siebziger und achtziger Jahren. Europa bedarf kraftvoller Führungspersönlichkeiten, aufgeklärter Rationalität, der Organisation strategischer Netzwerke, schnellen und effektiven Handelns. In Zeiten eines entspannten Aufschwungs mag dies politisch als zu anspruchsvoll, vielleicht auch als weltfremd erscheinen. In Zeiten existenzieller Krisen aber ist es der unausweichliche Schritt. Europa muss ihn vollziehen.

Europas Potenzial

Europa steht derzeit vor großen Herausforderungen, auf die es in der kommenden Zeit tragfähige Antworten finden muss. Der Druck, gemeinsam nach Lösungen zu suchen, hat die Mitgliedstaaten der EU bereits näher zusammenrücken lassen – sei es mit Blick auf die Neugestaltung der transatlantischen Beziehungen, die Formulierung einer integrierten Energie- und Klimaschutzpolitik, die globale Finanz- und Wirtschaftskrise oder einem gemeinsamen wissenschafts- und forschungspolitischen Ansatz.

Dass die Entscheidungen dabei häufig reaktiv sind und nicht immer den Erwartungen entsprechen, liegt zum einen an der Interessenheterogenität der 27 EU-Mitglieder. Zum anderen ist dies auf die komplexe Entscheidungsstruktur der Europäischen Union zurückzuführen, die sich auf zahlreiche Ebenen und Akteure erstreckt. Die Verständigung auf einen tragenden Grundkonsens über die Ausrichtung und den Sinn der Europäischen Union könnte an dieser Stelle Abhilfe schaffen und einen stabilen handlungsleitenden Rahmen über die tagespolitischen Ereignisse hinaus bieten.

Deswegen ist jetzt die Frage zu stellen, womit Europa heute neue Vitalität finden kann. Sie wird nicht aus bürokratischen Mammutverträgen erwachsen. Europa kann heute nur als die rettende, elementare Antwort auf die Globalisierung ein neues Ethos entfalten. In der Globalisierung liegt die Idee für die neue, kraftvolle Begründung. Ein Aufbruch aus der ‚zweiten Eurosklerose‘ kann nur vermitteln, wer die Kunst der großen Deutung beherrscht. Am Beginn steht die Globalisierung mit ihren dramatischen Konsequenzen für jeden Einzelnen. Europa liefert die Antwort darauf mit seinem strategischen Konzept der Differenzierung nach innen und nach außen. Nur die Union kann schlüssige Antworten liefern, nur die Gemeinschaft ist stark genug, den einzelnen Staaten Schutz, Ordnung und Individualität zu garantieren.

Europa hat das Potenzial zur Weltmacht. Dieses Potenzial muss angemessen organisiert und mit dem Geist europäischer Identität erfüllt werden. Eine solche historische Großleistung kann das gleiche Europa erbringen, das heute den großen Herausforderungen verunsichert gegenübersteht. Nicht die großen Apparate werden diese Krise überwinden, sondern nur die große Idee, der richtige geistige Entwurf. Aus ihm entsteht das Momentum, mit dem Europa sein neues Gesicht gewinnt.

Die immer größer gewordene Union wirkte und wirkt weit über ihre Grenzen hinaus. Mehrere, erfolgreiche Erweiterungsrunden haben dabei die Heterogenität innerhalb der EU erhöht. Ökonomische, soziale und politische Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten bleiben trotz steigender Kohärenz bestehen. Die Vorstellungen davon, wie sich das Gebilde namen EU entwickeln soll, streben zunehmend auseinander. Eine Vertiefung der Integration im Gleichschritt wird daher immer schwieriger zu bewerkstelligen sein.

Entscheidend ist es, diese Tatsache nicht allein als Problem, sondern auch als strategische Chance für die Zukunft Europas zu sehen.

Bereits in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, als mit der Wirtschafts- und Währungsunion und dem bevorstehenden Beitritt neuer Mitgliedstaaten aus Mittelost-Europa Strategien zur Vertiefung und Erweiterung parallel verfolgt wurden, besannen sich Europas Staatslenker einer Idee, die Willy Brandt und Leo Tindemans bereits zwanzig Jahre zuvor geprägt hatten: die differenzierte Integration. In den verschiedensten Politikbereichen sind seitdem Integrationsschritte erfolgt, an denen sich nicht alle EU-Mitgliedstaaten beteiligen.

Die Eurozone, der Schengen-Raum und weitere Projekte zeigen, dass die differenzierte Integration schon seit vielen Jahren ein fester Bestandteil des Integrationsprozesses ist.

Primärrechtlich wurde die differenzierte Integration erstmalig im Vertrag von Amsterdam verankert. Die Regeln dafür waren kompliziert und in der Realität nicht anwendbar. Das hat man erkannt und die Regeln und Anwendungsbereiche von Nizza über den gescheiterten Verfassungsvertrag bis zum Vertrag von Lissabon verändert und es damit eher ermöglicht, Schritte der differenzierten Integration zu gehen. Man hat diese Möglichkeit im neuen Vertrag mit der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ sogar auf die Verteidigungspolitik ausgeweitet. Trotz des nach wie vor schwierigen *Procedere*, war die Anwendung der differenzierten Integration nie einfacher als heute.

Differenzierte Integration kann als Laboratorium für das Innovationspotenzial der EU dienen. Die Heterogenität und die schiere Zahl unterschiedlicher Interessen laden geradezu dazu ein, Projekte voranzutreiben, die von einer Gruppe von Staaten für wichtig erachtet werden, die aber keine Realisierungschance im Geleitzug der ganzen Union haben. Allerdings gilt es, vorsichtig zu sein. Um ‚Wildwuchs‘ zu vermeiden muss differenzierte Integration als strategisches Instrument an verschiedene Prämissen geknüpft werden. Sie darf erstens den allgemeinen Zielen der Union nicht zuwiderlaufen. Zweitens muss jede Form der Differenzierung grundsätzlich allen Mitgliedstaaten offen stehen. Drittens birgt die differenzierte Integration trotz aller positiven Erfahrungen das Risiko, zentrifugale Kräfte freizusetzen. Als Drohkulisse für integrationsunwillige Mitgliedstaaten oder als Instrument machttaktischer Überlegungen ist sie daher nicht geeignet. Politische Führung ist zwingend erforderlich, um bestehende und zukünftige Differenzierungsprojekte in einen gesamteuropäischen Kontext einzubinden. Nicht nur die Mitgliedstaaten, sondern auch die neue Troika aus Präsident des Rates, Kommissionspräsident und dem Hohen Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik müssen hierbei eine entscheidende Rolle spielen, denn differenzierte Integration sollte in Zukunft vorzugsweise im Rahmen der Unionsverträge und nicht über eine rein intergouvernementale Zusammenarbeit wie in der Vergangenheit ablaufen.

Im Umfeld der differenzierten Integration kursiert eine Vielzahl von Schlagworten und Leitbildern, von der abgestuften Integration über ein „Europa à la carte“ bis hin zum Gedanken eines Kerneuropas. Ein zukunftsfähiges Modell der Differenzierung muss sich an der Vorstellung eines offenen Gravitationsraums orientieren. Sowohl ein fester und geschlossener Kern von Mitgliedstaaten, der stets gemeinsam voranschreitet, als auch die Beliebigkeit unbegrenzter Wahlmöglichkeiten würden zwangsläufig eine Spaltung der Union herbeiführen.

Differenzierte Integration bedeutet eben gerade nicht, eine Zweiklassengesellschaft der europäischen Staaten einzuführen, Stattdessen sollten dort, wo eine Vertiefung gegenwärtig nicht mit allen Mitgliedstaaten erfolgen kann, gezielt sachorientierte Kooperationsformen entstehen. Ist ein solches Projekt dann erst einmal erfolgreich umgesetzt, wird dieses die notwendige Anziehungskraft für den Beitritt weiterer Staaten entwickeln. Differenzierung in diesem Sinne ist also vor allem zeitlich beschränkt zu sehen. Das heißt keine dauerhafte Trennung konkurrierender Integrationsräume, sondern verschiedene Differenzierungsinitiativen, die sich nach und nach auf die ganze Europäische Union überführen lassen.

Differenzierte Integration ist keine Gefahr, sondern eine Chance. In den Köpfen der politisch Verantwortlichen, aber auch der Integrationsbefürworter in Wissenschaft und Gesellschaft, muss sich diese Sicht erst noch durchsetzen.

Weiterführende Literatur

- Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Europawahlen (Themenheft), 23-24/2009.
- Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ): Migration in Europa (Themenheft), 35-36/2008.
- Chatzimarkakis, Jorgo: *Europäischer Patriotismus. Unsere Interessen zwischen Amerika und China*, Berlin 2007.
- Fischer, Klemens H.: Europäische Außen- und Sicherheitspolitik nach Lissabon, in: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, 1/2008, S. 57-67.
- Fischer, Severin: Energie- und Klimapolitik im Vertrag von Lissabon: Legitimationserweiterungen für wachsende Herausforderungen, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 32, 1/2009, S. 50-62.
- Fröhlich, Stefan: Außenpolitik unter Obama – pragmatischer Multilateralismus und transatlantische Annäherungen, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 32, 1/2009, S. 3-16.
- Fröhlich, Stefan: *Die Europäische Union als globaler Akteur. Eine Einführung*, Wiesbaden 2008.
- Gaedtke, Jens-Christian: *Europäische Außenpolitik*, Paderborn 2009.
- Geden, Oliver: Die Energie- und Klimapolitik der EU – zwischen Implementierung und strategischer Neuorientierung, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 31, 4/2008, S. 353-364.
- Geier, Wolfgang: *Europabilder. Begriffe, Ideen, Projekte aus 2500 Jahren*, Wien 2009.
- Golinowska, Stanislaw/Peter Hengstenberg/Macisle Zukowski (Hrsg.): *Diversity and Commonality in European Social Policies: The Forging of a European Social Model*, Leverkusen 2009.
- Hellmann, Vanessa: *Der Vertrag von Lissabon. Vom Verfassungsvertrag zur Änderung der bestehenden Verträge – Einführung mit Synopse und Übersichten*, Berlin/Heidelberg 2009.
- Mittag, Jürgen/Claudia Hülsken: Von Sekundärwahlen zu europäisierten Wahlen? 30 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 32, 2/2009, S. 105-122.
- Monar, Jörg: Die Vertragsreformen von Lissabon in den Bereichen Inneres und Justiz: verstärkte Handlungsfähigkeit, Kontrolle und Differenzierung, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 31, 4/2008, S. 379-398.
- Müller-Graff, Peter-Christian: Der Vertrag von Lissabon auf der Systemspur des Europäischen Primärrechts, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 31, 2/2008, S. 123-144.
- Niedermayer, Oskar: *Europawahl 2009. Zusammenhänge, Ergebnisse und Folgen*, Internationale Politikanalyse, hrsg. von der Friedrich Ebert Stiftung, Juni 2009.
- Pieperschneider, Melanie: Die EU nach Lissabon – bürgernah, bürgerfreundlich, bürgertauglich, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 32, 2/2009, S. 153-166.
- Roose, Jochen (2009): *Wahlen ohne Wähler. Vom Dilemma des Europaparlaments*. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 22, Heft 2, Mai 2009.
- Schmale, Wolfgang: *Geschichte und Zukunft der Europäischen Identität*, Stuttgart 2008.
- Schmidt, Siegmund/Wolf J. Schünemann: *Europäische Union. Eine Einführung*, Baden-Baden 2009.
- Schulze, Peter W./Winfried Schneider-Deters/Heinz Timmermann (Hrsg.): *Die Europäische Union, Russland und Eurasien*, Berlin 2008.
- Schwarzer, Daniela: Zehn Jahre Governance der Eurozone: ökonomische Bilanz und institutionelle Dynamiken jenseits der Vertragsrevisionen, in: *integration, Vierteljahrszeitschrift des Instituts für Europäische Politik*, Jg. 32, 1/2009, S. 17-32.
- Seeger, Sarah/Valentin Kreilinger: *Europawahl 2009: Erwartungen – Programme – Visionen, C·A·P Aktuell*, hrsg. von der Forschungsgruppe Europa, 8/2008.

- Timmermann, Heinz: EU-Russland. Hintergründe und Perspektiven einer schwierigen Beziehung, in: *integration*, Vierteljahreszeitschrift des Instituts für Europäische Politik, Jg. 31, 2/2008, S. 159-178.
- Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Lissabon in der Analyse. Der Reformvertrag der Europäischen Union*, Münchner Beiträge zur Europäischen Einigung 20, Baden-Baden 2008.
- Weidenfeld, Werner: Europa: Zeit der Entscheidung, in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik*, Sozialwissenschaften für politische Bildung, 58. Jg., H. 1/2009, S. 5-12.
- Weidenfeld, Werner: Kleine Schritte statt großer Würfe. Eine Bilanz schwarz-roter Europapolitik, in: *Welttrends*, 17. Jg., Nr. 67, 2009, S. 85-90.
- Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.): *Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration*, 11. Aufl., Baden-Baden 2009.
- Wessels, Wolfgang: *Das politische System der Europäischen Union*, Wiesbaden 2008.